



Pressemitteilung

Ansbach, 09.11.2011

Finanzkonzept der Offenen Linken: Eltern sollen um 500.000 Euro entlastet werden

Für ein familienfreundliches Ansbach - Gebührenfreie Kindergärten als Ziel
Erwerb und Abbruch "Grauer Wolf" beantragt – Sanierung Jugendzentrum im Fokus

Mit dem Schwerpunkt auf Bildung, Soziales und Innenstadtentwicklung geht die Offene Linke in die diesjährigen Haushaltsberatungen: "Unser Ziel ist ein kinder- und familienfreundliches Ansbach. Mit dem Weg Richtung gebührenfreie Bildung für 3-6jährige würde unsere Stadt Maßstäbe für eine moderne Sozial- und Bevölkerungspolitik in Bayern setzen." Der Antrag der Offenen Linken sieht eine Entlastung der Ansbacher Eltern um insgesamt 513.000 Euro vor. Davon entfallen 83.000 Euro auf die Abschaffung der Kindergartengebühren im städtischen Kindergarten und 430.000 Euro auf kirchliche und sonstige Träger als Kostenersatz für die Kernbetreuungszeit.

"Frühkindliche Bildung soll nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Die positiven Erfahrungen mit der Abschaffung der Kindergartengebühren in Zeiten des demografischen Wandels bewegen immer mehr Kommunen zu diesem Entlastungsschritt für Familien. Beitragsfreie Bildung ist ein bedeutender weicher Standortfaktor", betonte die Offene Linke, die die Entlastung mit einer leichten Anhebung des seit 20 Jahren unverändert niedrigen Gewerbesteuerhebesatzes finanzieren will.

Darüber hinaus will die Offene Linke die Innenstadtentwicklung mit städtebaulichen Maßnahmen voranbringen. So müsse nach Jahren ergebnislosen Verhandeln in Sachen "Grauer Wolf" nun endlich "Nägel mit Köpfen" gemacht werden: Das WählerInnen-Bündnis schlägt Erwerb und Abbruch der Brandruine durch die Stadt vor. Dafür sollen 200.000 Euro bereitgestellt werden. Mit der Erstellung eines Nutzungskonzepts kann gleichzeitig die Aufwertung der nordwestlichen Altstadt in Angriff genommen werden. Neben Überlegungen hinsichtlich eines sozialen Begegnungszentrums bzw. Bürgerhauses oder der Schaffung bezahlbaren Wohnraums im Stadtkern komme eine (Teil-)Nutzung durch die FOS/BOS in Frage, die vor ungelöster Raumnot steht. Bis zur Umsetzung könne die Fläche dann ohne zusätzlichen Aufwand als Parkplatz dienen.

Mit Blick auf die inzwischen unaufschiebbare Sanierung des Daches des Jugendzentrums, die die Offene Linke bereits 2009 und 2010 vergeblich beantragte, wird angeregt, parallel eine Ausbauplanung der Mansarde und ab 2013 der weiteren Geschosse vorzunehmen. Nur so sind Mittel aus der Städtebauförderung für diese Maßnahme abrufbar. Im Rahmen der Planung könne neben einer Erweiterung der Einrichtungen für Jugendliche, etwa Bandproberäume oder selbstverwaltete Projekte, auch die Ansiedelung von seitens der Verwaltung mittelfristig im Rathaushof vorgesehener Multifunktionsräume geprüft werden.

Die beschleunigte Umsetzung des Radwegekonzeptes liegt der Offenen Linken ebenfalls besonders am Herzen: Hierfür sollen zusätzlich 10.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Zudem soll an der Karolinschule ein dringend benötigter Gruppen- und Intensivraum eingerichtet werden.

Einsparungen sieht das Konzept der Offenen Linken im Bereich Straßenbau sowie bei der Ausstattung des Sitzungssaales des Stadtrats vor. Die Ausgabesteigerungen bei den Pflichtleistungen der Jugendhilfe in Höhe von 400.000 Euro sind berücksichtigt. Insgesamt verbessern die Anträge der Offenen Linken das Haushaltsergebnis um 388.000 Euro. Diese Mittel sollen zur Schonung der Rücklage verwendet werden.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat